

Der AK Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention zu „Deradikalisierung“

Der Arbeitskreis Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention problematisiert im Folgenden den Begriff „Deradikalisierung“. Anlass ist, dass im aktuellen Bundesprogramm des BMFSFJ „Demokratie leben“ Modellprojekte, die rechtsextremen Orientierungen bei Adressat_innen entgegenwirken sollen, unter der Überschrift „Radikalisierungsprävention“ gefördert werden. Wir kritisieren diese Verwendung in pädagogischen Arbeitsfeldern der primären und sekundären Rechtsextremismusprävention und plädieren dafür, eine fachliche Präzisierung vorzunehmen. Zurückliegende Debatten um den „Extremismus-Begriff“ haben deutlich gemacht, dass eine fachliche Auseinandersetzung um ein genaues Begriffsverständnis konstruktiv geführt werden kann und sinnvoll ist. Wir befürchten, dass mit der erwähnten Verwendung von „Radikalisierung“ erneut ein Sammelbegriff eingeführt wird, der inhaltliche Vorannahmen anderer Kontexte einbringt und diesbezügliche Differenzen verschwinden lässt. Im Einzelnen lässt sich unsere Kritik auf vier Punkte zusammenfassen:

- 1) Der Begriff „Deradikalisierung“ (bzw. „Radikalisierungsprävention“) wird für unterschiedliche Phänomenbereiche verwendet. Das betrifft (1.) islamistische Orientierungen und Handlungen, (2.) linke Militanz und (3.) rechtsextreme Orientierungen und Handlungen. Wir haben es hier mit drei komplexen Bereichen zu tun, die in unterschiedlichem Maße erforscht sind, zu denen qualitativ unterschiedliche Erfahrungen in der Prävention vorliegen und zu deren Relevanz es unterschiedliche Einschätzungen gibt.¹ Dementsprechend ist hier eine Analogisierung und damit einhergehende Ausblendung von Differenzen zu kritisieren, anders gesagt: Es werden Themen miteinander vermischt, die sinnvollerweise getrennt diskutiert werden sollten und auf die mit unterschiedlichen Interventionsstrategien geantwortet werden sollte.
- 2) Mit dem vorliegendem Papier möchten wir eine breite und vor allem in Bezug auf die Zielgruppe ungeklärte Nutzung des Begriffes „Deradikalisierung“ problematisieren. Wir streben eine Klärung an, für welche Arbeitsfelder der Begriff tauglich erscheint und für welche nicht. Letztere sind insbesondere Bereiche der primären und sekundären Prävention, für welche wir den Begriff unter Berufung auf fachliche Standards der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusprävention² zurückweisen.
- 3) Ähnlich zu Extremismus-theoretischen Auffassungen verengt der Begriff „Deradikalisierung“ die zu bearbeitenden Phänomene – Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – hin zu Randständigkeit und Auffälligkeit innerhalb von Gesellschaft. Jedoch zeigen langjährige Ergebnisse der Einstellungsforschung, dass entsprechende Phänomene von allen Bevölkerungsmilieus in hohem Masse vertreten werden.
- 4) Schließlich wenden wir uns gegen die Verwendung des Begriffes aufgrund dessen semantischer Gehalte: Radikalismus. Wir sehen die Gefahr, dass Initiativen, die sich für eine demokratische Alltagskultur engagieren und die sich mit einem menschenrechtlich positiven Verständnis als „radikal“ – emanzipatorisch und demokratisch – verstehen, delegitimiert werden.

Das Positionspapier erhebt nicht den Anspruch, zu beurteilen, wie einzelne Projekte die Begriffe auslegen und welche Praxis im Einzelnen stattfindet. Wir sprechen uns für zielgruppen- und phänomenspezifische Analysen und entsprechende fachliche Standards in der pädagogischen Bearbeitung aus. Wir sind uns der Kritik am Begriff „Rechtsextremismus“ bewusst. Wir halten ihn jedoch, in einer sozialwissenschaftlichen Fassung für geeignet, unterschiedliche politische Strömungen von Neonazis bis hin zu völkischen Gruppierungen zu analysieren und angemessen zu beschreiben.

¹ So verweist die Evaluation des vorangegangenen Bundesprogramms darauf, dass bislang nicht geklärt sei, was unter dem Phänomen „Linksextremismus“ zu verstehen ist. Vergleichbare Fragen lassen sich zur Formulierung „Linke Militanz“ stellen.

² Positionspapier des AK „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“ bei der Amadeu Antonio Stiftung: Fachliche Standards in der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusprävention, Online: <http://bit.ly/1SOltie> (Aufruf 29.10.15).

(Weiter geht es mit dem ausführlichen Positionspapier:)

Positionspapier des AK „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“ zur Verwendung des Begriffs „Deradikalisierung“

Spätestens mit dem neuen Bundesprogramm „Demokratie leben!“ haben Begriffe wie „Radikalisierung“, „Deradikalisierung“ bzw. „Radikalisierungsprävention“ Einzug in Arbeitsfelder der Rechtsextremismusprävention gehalten. Im internationalen Kontext und auf europäischer Ebene werden diese Begriffe schon länger verwendet. Wir kritisieren diese Begriffe und insbesondere deren Verwendung in pädagogischen Arbeitsfeldern der primären und sekundären Rechtsextremismusprävention.³ Wir plädieren dafür, eine fachliche Präzisierung vorzunehmen. Zum einen geht es uns um die Herkunft der Begriffe und damit korrespondierende Vorannahmen. Zum anderen problematisieren wir den Begriff „Deradikalisierung“, weil mit ihm eine präventive und pädagogische Praxis gestützt wird, die aus unserer Sicht zu kritisieren ist.

Deradikalisierung als Analyse von Gesellschaft?

Im aktuellen Bundesprogramm sollen Radikalisierungsprozesse in den Bereichen Rechtsextremismus, Ultranationalismus, gewaltorientierte islamistische, salafistische Phänomene bzw. Instrumentalisierungen des Islam sowie gewaltorientierte und demokratiefeindliche Erscheinungsformen linker Militanz bearbeitet werden. Hier wird zunächst analog zum Extremismusbegriff das Bild einer vermeintlichen demokratischen Mitte der Gesellschaft erzeugt, an deren Rändern „die Radikalen“ sind. Der Begriff wird nicht inhaltlich auf bestimmte Phänomenbereiche bzw. Ideologien bezogen. Vielmehr gilt „Radikalität“ pauschal als Feindbild, undemokratisch und interventionsbedürftig, als Zustand, den es zu ändern gilt. Was unter „Radikalität“ verstanden wird, bleibt jedoch offen und wird nicht konkret inhaltlich oder verhaltensbezogen definiert. Weit verbreitete Positionen der Mehrheitsbevölkerung, die unter den Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gefasst werden, geraten auf diesem Weg aus dem Blick, was angesichts rassistischer, völkischer und antifeministischer Mobilisierungen der AfD und Pegida nicht nur unangemessen und inkorrekt sondern auch gefährlich ist. Ohne inhaltliche Untersetzung legt der Begriff eine entpolitisierende Sichtweise nahe, die unterschiedliche Phänomene wie rechtsextreme oder salafistische Orientierungen unter „Hass und Gewalt“ fassen. Demgegenüber bleiben Differenzierungen und die mögliche Relevanz politischer Motive der Zielgruppe im Zuge von Einstiegsprozessen unbenannt. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass Initiativen, die sich für eine demokratische Alltagskultur engagieren und die sich mit einem menschenrechtlich positiven Verständnis als „radikal“ – emanzipatorisch und demokratisch an die Wurzel gehend – verstehen, delegitimiert werden. Mittlerweile liegen international und im deutschen Raum Veröffentlichungen vor, die den Begriff u.a. als ungenau definierten „Containerbegriff“ (u.a. Feustel 2014⁴) kritisieren.

Deradikalisierung als pädagogisches Konzept?

Der Begriff entstammt Diskursen um innere Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung; jedoch nicht pädagogischer Arbeitsfelder. Mit dem Begriff Deradikalisierung ist die Idee verbunden, eine Umkehr radikalierter, terroristischer und meist islamistischer Einzeltäter_innen zu erreichen. Seit 2009 wird zum Beispiel innerhalb des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) bundesweit in einer AG Deradikalisierung gearbeitet. Die Einrichtung des GTAZ erfolgte 2004 vor dem Hintergrund einer verstärkten Bedrohung durch islamistischen Terrorismus, in Folge der Terroranschläge in den USA am 11. September 2001.⁵

³ Wir orientieren uns hierbei an Rieker (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention: Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Beltz Juventa Verlag.

⁴ Feustel, Susanne (2014): Von der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ zur Deradikalisierung als Konzept? In: Kulturbüro Sachsen (Hrsg): Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße. Zum anwaltschaftlichen Arbeiten mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen im ländlichen Raum. Eigendruck, Dresden, S. 67-79. Online: <http://bit.ly/1N7aen3> (Aufruf 29.10.15).

⁵ <http://bit.ly/1UOyU9r> (Aufruf 29.10.15).

Zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs wurden in das Arbeitsfeld der Deradikalisierung eingebunden, da es für sie im Unterschied zu staatlichen bzw. Regierungsinstitutionen einfacher sei, „ein sensibles Umfeld zu erreichen und die Kultur und Sprache von (ehemaligen) Straftätern, ihren Mitläufern und Opfern gleichermaßen zu durchdringen.“ Ebenso sei es „einfacher für NGO-MitarbeiterInnen, Beziehungen auf der Basis von Respekt und gegenseitigem Vertrauen aufzubauen, was für die erfolgreiche Einbindung in Deradikalisierungsarbeit unerlässlich ist“ (Violence Prevention Network 2014)⁶. Hier sind verschiedene Präventionsbereiche angesprochen, neben der tertiären Prävention (Arbeit mit Straftätern) auch frühere Präventionsstufen (Arbeit mit Mitläufer_innen und Sympathisant_innen). Mit Köhler (2013)⁷ bezeichnet „Deradikalisierung (...) den individuellen oder kollektiven kognitiven (oder: ideologischen) Wandel von einer kriminellen, ideologisch-radikalen oder extremistischen zu einer nicht-kriminellen und moderaten Identität. Deradikalisierung muss dabei stark von Herauslösung (engl. Disengagement) abgegrenzt werden, was den rein physischen Verhaltenswandel beschreibt und die ideologische bzw. identitäre Ebene des Prozesses außer Acht lässt“. Wengleich hier neben einer Verhaltensebene eine ideologische, d.h. Einstellungsebene, genannt wird, legt diese Definition dennoch das Bild randständiger, problembehafteter Jugendlicher nahe. Das Bild randständiger Jugendlicher, an denen pädagogische Integrationsbemühungen ansetzen, begegnet uns leider häufig in der Praxis. Es unterschlägt, dass rechtsextreme Jugendliche häufig nicht (sozial) randständig sind; im Gegenteil: viele sind beruflich gut integriert. Das Bild unterschlägt zudem rechtsextreme (jugendkulturelle) Hegemonien, in deren Kontexten rechtsextrem orientierte aber auch engagierte Jugendliche gerade nicht auffällig werden, da sie als Mehrheit, als „normal“ und „einer von unseren Jungs“ gelten. In der zurückliegenden Ausstiegsarbeit zeigten sich diese Vorannahmen zum Beispiel durch die Arbeitsmarktorientierung der XENOS-Projekte „Ausstieg zum Einstieg“, deren Hauptzielstellung die berufliche (Re-)Integration der Zielgruppe war.

Gefahr der Übernahme von Vorannahmen

Deradikalisierung in der Terrorismusbekämpfung und Ausstiegsarbeit adressiert mehr oder weniger ideologisch gefestigte, organisierte und/oder gewaltstraffällige Personen. Der „preventive turn“ dieses Ansatzes hat Einfluss auf andere pädagogische Arbeitsfelder, Grenzen zwischen sozialer Arbeit und sicherheitspolitischen Arbeitsfeldern verschwimmen (vgl. Schuhmacher 2014)⁸. Mit der Übernahme des Begriffs werden Paradigmen der (Ausstiegs-)Arbeit mit ideologisch gefestigten und (potentiell) terroristischen Personen auf Arbeitsfelder der primären und sekundären Prävention übertragen und in der Praxis mit den unterschiedlichen Phänomenbereichen Islamismus und Rechtsextremismus vermischt. Eine Gefahr besteht darin, dass fachlich gebotene Grenzziehungen zu bestimmten Zielgruppen mit Verweis auf die Ausstiegsarbeit verundeutlicht werden und die Arbeit mit der Zielgruppe tertiärer Prävention auch in anderen Arbeitsfeldern möglich erscheinen. Aus der Praxis kennen wir den Verweis auf Aussteiger_innen und damit darauf, dass die Arbeit etwas bringen kann – ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitsfelder (spezialisierte Einzelfallbetreuung vs. Regelangebote). Wir sehen hier die Gefahr, dass der nicht reflektierte, pädagogische Wunsch „offen für alle zu sein“ und „in Beziehung zu bleiben“ auf diesem Wege in die Regelpraxis befördert werden und somit Fehler aus den 1990er Jahren in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten und engagierten Jugendlichen wiederholt werden. Notwendig ist eine kritische Evaluation der Zielerreichung – wen erreiche ich mit welchen Angeboten in welcher Weise und welchem Ergebnis?

⁶ Violence Prevention Network (2014): European Network of Deradicalization. Abschlussbericht. Berlin. Online: <http://bit.ly/1OP2xr8> (Aufruf 29.10.15).

⁷ Köhler, Daniel (2013): Über die Notwendigkeit einer deutschen Deradikalisierungsforschung und die entsprechenden Grundlagen. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, Ausgabe 1/2013, S. 20-40. Online: <http://bit.ly/1OhUOQR> (Aufruf 29.10.15).

⁸ Schuhmacher, Nils (2014): Von der Hilfe zur Abhilfe? Die Karrieren von Ausstiegs- und Deradikalisierungs-Paradigma im Kontext der Bundesprogramme. In: Blome, Mathis / Manthe, Barbara (Hrsg.): Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. IDA, Düsseldorf, S. 75-80.

Erfahrungen und fachliche Standards der Rechtsextremismusprävention in Arbeitsfeldern der Jugendarbeit setzen dagegen eine Zielgruppenanalyse als Beginn des pädagogischen Prozesses voraus. Sie ziehen eine Grenze zur Arbeit mit rechtsextremen Aktivist_innen und Kadern und verweisen darauf, dass pädagogische Regelangebote Arbeitsfelder der primären und sekundären Prävention sind und die Arbeit mit Sympathisant_innen und Mitläufer_innen beinhalten können. Eine Arbeit mit rechtsextremen Kadern, Aktivist_innen und Organisierten – die Auseinandersetzung mit manifesten Einstellungen und Handlungsweisen – ist in diesen Arbeitsfeldern und Gruppenkonstellationen nicht möglich.⁹ Tertiäre Prävention als spezialisiertes Arbeitsfeld richtet sich an diejenigen, die (organisierter) Teil rechter Szenen waren/sind, zum Beispiel als Ausstiegsarbeit.

Deradikalisierung in der Rechtsextremismusprävention?

Rechtsextremismusprävention benötigt einen differenzierten Blick auf Meinungen, Einstellungen und weltanschauliche Orientierungen der jugendlichen Adressat_innen. Als pädagogisch integrierte Handlungsstrategie geht es gerade in Feldern der Jugendarbeit mit heterogenen Adressat_innengruppen um die Unterstützung von Opfern und das Empowerment diskriminierter Gruppen, um die Stärkung und den Ausbau von demokratischen Alternativen und um die Arbeit mit potenziellen Täter_innen.¹⁰

Deradikalisierung mit den genannten Hintergründen richtet sich zu allererst an Täter_innen. Damit handelt es sich nicht um eine integrierte präventive pädagogische Handlungsstrategie, die demokratisch orientierte Jugendliche stärkt und sich mit Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen gleichermaßen auseinandersetzt. Bei einer Täter_innenfokussierung gehen die Betroffenenperspektive und eine Aufmerksamkeit für nicht-rechte Jugendliche schnell verloren – die hier zumal nicht selten selbst als „radikal“ zum Teil des Problems und nicht zum Teil der Lösung erklärt werden. Das erscheint uns vor allem im Rückblick auf das weitgehende Scheitern des akzeptierenden Ansatzes in der Praxis der Jugendarbeit der 1990er Jahre als besonders problematisch, der sich vorrangig an rechtsextrem orientierte Jugendliche richtete, Diskriminierte nicht berücksichtigte und zu einer Stärkung rechtsextremer Hegemonien in Jugendräumen beigetragen hat.

Fachliche Standards der Rechtsextremismusprävention problematisieren eine defizitäre Sichtweise auf Jugendliche bzw. Zielgruppen der Arbeit. In Abgrenzung hierzu ist es vielmehr sinnvoll, die Adressat_innen als verantwortlich handelnde und ernstzunehmende Subjekte auch mit ihrer Ideologie und ihren politischen Einstellungen wahrzunehmen. Pädagogisch wird an subjektiven, auch geschlechtsbezogenen Motiven und Attraktivitäten in Hinwendungsprozessen angesetzt.

Deradikalisierung und Gender

Geschlechterreflektierende Prävention wirkt u.a. der „doppelten Unsichtbarkeit“ von Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus entgegen. Nach wie vor werden insbesondere Mädchen und junge Frauen in ihrer Bedeutung für und in der Neonazi-Szene übersehen und unterschätzt. Hilfreich ist eine fundierte Kenntnis über Rollen von Frauen und Mädchen in diesen Szenen, die Deutung geschlechtsspezifischer Hinwendungen und eine daran ansetzende pädagogische Arbeit. In der Arbeit mit Jungen und männlichen Jugendlichen ist es wichtig, Zusammenhänge zwischen traditionellen und rechtsextremen Männlichkeitspraxen in den Blick zu nehmen und kritisch zu hinterfragen.

Der defizitorientierte Blick auf kriminelle, ideologisch-radikale oder extremistische, d.h. schwierige und auffällige Jugendliche führt zu Wahrnehmungsdefiziten gegenüber Mädchen und jungen Frauen. Aus der Rückschau lassen sich Ansätze der akzeptierenden Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in den 1990er Jahren auch dahingehend kritisieren, dass sie eine „männliche Zielgruppe“ konstruieren (Stützel

⁹ Vgl. MBR & VDK e.V. (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Online: <http://bit.ly/1RLYj11> (Aufruf 12.12.2015) zu Präventionsstufen siehe Rieker (2009).

¹⁰ Vgl. Einleitung in Hechler & Stuve (2015): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Verlag Barbara Budrich.

2013)¹¹. Wenn als Ziel eine „moderate“ Identität angegeben wird, was mehr oder weniger Straffreiheit und „normalisierende“ Anpassung bedeutet, geraten Mädchen und Frauen häufig aus dem Blick. Aufgrund ihrer Betätigung in vermeintlich vopolitischen Räumen der sozialen Arbeit, der Kindererziehung und Elternarbeit sowie des wirkmächtigen Mythos der friedfertigen und unpolitischen Frau, d.h. gerade aufgrund ihrer sozialen Anpasstheit und Unauffälligkeit, werden sie häufig von Professionellen, in der Zivilgesellschaft oder Nachbar_innenschaft übersehen und unterschätzt. Dass die Ausstiegsarbeit ganz überwiegend männliche Jugendliche bzw. junge Erwachsene adressiert, ist auch eine Folge dieses eingeschränkten Blicks: Mädchen, Frauen und nicht gewalttätige Männer werden mit dieser Perspektive nicht beachtet und geraten aufgrund ihrer Inszenierung nicht als relevante Zielgruppe in den Blick.

Johanna Sigl (2013)¹² verweist darauf, dass die Ausgestaltung von Ausstiegsprogrammen, aber auch Klischees mit denen über Ausstiegsverläufe verhandelt wird, mit Geschlechtsstereotypen operieren, die Frauen entpolitisieren. Diese Bilder stehen im Zusammenhang mit einer Auffassung von Rechtsextremismus, die eng mit Gewalttätigkeit und gesellschaftlicher Desintegration verknüpft sind. Mit dem Fokus auf Straffälligkeit werden Frauen jedoch häufig ausgeblendet. Für sie erscheint eine gesellschaftliche Reintegration meist nicht nötig (vgl. Sigl 2013). Neben Frauen macht der Fokus auf randständige, weniger privilegierte Männlichkeiten auch „andere rechtsextreme Männlichkeiten“ unsichtbar, die akzeptierte, hegemoniale Vorstellungen von Männlichkeit leben (Hechler 2012)¹³. Mit dem Ziel einer „moderaten Identität“ wird darüber hinaus die Anpassung an gesellschaftlich hegemoniale Bilder von Geschlechtlichkeit und damit auch von Männlichkeit befördert. Vereindeutigende, eingrenzende Vorstellungen kategorialer Zugehörigkeit auch bezüglich Geschlechtervorstellungen sind zu hinterfragen und von Anforderungen zu entlasten, die mit normierenden Weiblich- und Männlichkeitsvorstellungen einhergehen. Das Leben und Erfahrbarmachen von Vielfalt steht dem dichotomen und starren Geschlechterrollenmodell der rechtsextremen „Volksgemeinschaft“ diametral gegenüber und ist bereits als präventive Praxis wirksam.

Grundsätzlich nehmen Ansätze/Programme der Deradikalisierung von Beginn an eine geschlechtsspezifische Perspektive ein. Betrachtet man diese Praxen detailliert, so fällt auf, dass dies fast ausschließlich den Bereich der Islamismusprävention betrifft. Frauen geraten als potentielle Selbstmordattentäterinnen in den Blick oder als Mütter oder Schwestern von männlichen Terroristen und Kämpfern, die eine weitere Hinwendung in diese Szenen verhindern oder abmildern können/sollen. Die Thematisierung von Gender ist durchaus zu begrüßen und auch aus pädagogischer Perspektive zu unterstützen, da es hierzu bislang wenig Erfahrungswissen und Theorie gibt. Gleichzeitig gilt es kritisch in den Blick zu nehmen, dass es sich hierbei auch um die Reproduktion eines abwertenden Blickes auf „die Anderen“ handelt: So scheint es einfacher, auf die Funktion und Rollen von Frauen hinzuweisen, wenn dies mit der Zuschreibung einer „im Islam unterdrückten Frau“ einhergeht und einer als rückständig wahrgenommenen Gesellschaftsform. Die Aufwertung einer „Wir-Gruppe“ als höher entwickelt und modern geht jedoch nicht zwangsläufig mit deren kritischer Reflexion oder einer Berücksichtigung frauenspezifischer Benachteiligung in der Eigengruppe und deren Geschichte einher. So ist in der aktuellen Debatte um die Prävention von Rechtsextremismus nach wie vor nicht selbstverständlich, Geschlecht als relevante Kategorie mit in den Blick zu nehmen.

¹¹ Stützel, Kevin (2013): Männlich, gewaltbereit und desintegriert - Eine geschlechterreflektierende Analyse der akzeptierenden Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. In: Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol-Verlag, S. 211-229.

¹² Sigl, Johanna (2014): Ausstieg und Gender. Eine gendersensible Betrachtung von Distanzierungsprozessen. In: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, 52, S. 19-20. Online: <http://bit.ly/1W78pO2> (Aufruf 29.10.15).

¹³ Hechler, Andreas (2012): Männlichkeitskonstruktionen, Jugenarbeit und Neonazismus-Prävention. In: Dissens e.V. & Debus, Katharina / Könecke, Bernard / Schwerma, Klaus / Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule. Texte zu Pädagogik und Fortbildung rund um Jugenarbeit, Geschlecht und Bildung. Eigendruck, Berlin, S. 73-92. Online: bit.ly/1mVajF4 (Aufruf 29.10.15).

Fazit

Die Verwendung des Begriffs Deradikalisierung führt Paradigmen in das Feld der pädagogischen Präventionsarbeit ein, die anderen, nicht-pädagogisch ausgerichteten Arbeitsfeldern entstammen. Damit besteht die Gefahr, dass erarbeitete geschlechterreflektierende Standards in der Rechtsextremismusprävention unterlaufen werden. Insbesondere betrifft das die Vereinbarung darüber, mit wem in niedrigschwelligen Regelangeboten in Gruppenkontexten sinnvollerweise gearbeitet werden kann und mit Blick auf die rassistischen Zustände in den Sozialräumen und unter dem Ziel der Erhaltung von demokratischen Schutz- und Diskussionsräumen gearbeitet werden muss. Darüber hinaus wird das zu bearbeitende Phänomen – Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – hin zu Randständigkeit und Auffälligkeit verengt. Die dringend notwendige Auseinandersetzung mit gesellschaftlich weit geteilten Einstellungen rassistischer, sexistischer, homo- oder flüchtlingsfeindlicher Art wird damit erschwert. Prävention setzt bei diesen „normalen“ Einstellungen an, da diese Vorstellungen von Ungleichwertigkeit zentrale Elemente rechter Ideologie sind und Anschlussflächen bei Hinwendungsprozessen eröffnen. Schließlich verstellt die Verwendung dieses Begriffs mit seinen Implikationen bezüglich der Adressat_innengruppe eine geschlechterreflektierende Perspektive in der Auseinandersetzung mit diesen Positionen.

Da bedeutet zweierlei: Für das Feld der pädagogischen Rechtsextremismusprävention ist der Begriff zurückzuweisen und an begründeten fachlichen Standards vor allem einer geschlechterreflektierenden Perspektive festzuhalten bzw. diese einzufordern. Dafür ist die Spezifik des Arbeitsfelds in Abgrenzung zu (tertiär-präventiven) Ansätzen der Ausstiegsarbeit deutlich zu machen. Zum anderen sind geschlechterreflektierende Überlegungen und Ansätze auch in die Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit zu entwickeln und zu implementieren. Dazu zählen neben der Bearbeitung und Distanzierung von rechtsextremen Geschlechterrollenvorstellungen vor allem eine Sichtbarmachung und Adressierung von rechten Frauen.

Der bundesweite Arbeitskreis „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“ setzt sich aus Einzelpersonen, Projekten und Organisationen zusammen, die in Forschung und Praxis unterschiedlicher pädagogischer Arbeitsfelder eine geschlechterreflektierende Perspektive stärken wollen. Der Arbeitskreis trifft sich zwei mal jährlich in der Amadeu Antonio Stiftung.